

# Postische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Georg Bonhoff, Verlag, Reichstr. 10, am 4. Handwerkerplatz, Carl-Neub. Berlin, Ullstein.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach: Zentrale Ullstein's, Amt Döbmitz 300-305, für den Postverkehr Amt Döbmitz 300-305. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 692.

# Deutschlands ständiger Sitz beschloffen

## Im Völkerverband

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

4. September

Der Rat nahm um 1 Uhr mittags auf Antrag des französischen Delegierten, Graf Siffert, des Beschlusses über die Arbeiten der Studienkommission eine Resolution an, in der er erklärt:

1. Der Bericht der Studienkommission für die Ratstagung wird gebilligt.
2. Der Rat beschließt infolge dessen und auf Grund der Ermächtigung des Artikels 4 des Völkerverbandsatzes a) die Ernennung von Deutschland zum ständigen Mitglied des Rates vom Augenblick seines Eintritts in den Völkerverband an, b) die Erhöhung der Zahl der ständigen Sitze auf neun.
3. Der Rat empfiehlt der Versammlung die Genehmigung dieser Entschlüsse.
4. Der Rat empfiehlt der Versammlung, die Anträge in wohlwollender Erwägung zu prüfen, die von der Studienkommission über den Wahlmodus der nichtständigen Staatsmitglieder und die Regelung ihrer Wahlverfahren gemacht worden sind.

Nach der Annahme dieser Resolution der Grafen Siffert wiederholte der schwedische Staatsminister, daß Schweden sich keine Vorbildung für den Fall, daß durch die Reformplan eine Lösung der gegenwärtigen Angelegenheit nicht sofort erzielt werden können. Der Völkerverband nahm alsdann nach die von der Studienkommission vorgeschlagene Resolution Lord Roberts Cecilis an und beschloß, sie dem spanischen Vertreter im Völkerverband zu übermitteln.

In der Resolution ist zu bemerken, daß die in Artikel 14 der Resolution erwähnte „Bezeichnung Deutschlands als ständiges Staatsmitglied“ noch nicht die Ernennung selbst bedeutet, wohl aber eine vollkommene Bindung des Rates selbst bedeutet. Die deutsche Regierung wird nimmermehr also in der Lage sein, schon nach dem Aufnahmefähigkeit der Versammlung die Dispositionen für die Abreise der Delegation zu treffen, da der deutsche Völkerverband sich dem Rat Berlin heute beschließen wird. Die formale Ernennung, die erst nach der Aufnahme erfolgen kann, ist also in Wirklichkeit nur noch eine Formalklage, weil der Rat nach Artikel 4 nicht in der Lage ist, einen Staat zum Staatsmitglied zu ernennen, der noch nicht Mitglied des Völkerverbands ist.

Der Vorbericht des schwedischen Staatsdelegierten Unbon wurde in genau der gleichen Form vorgelesen wie bereits in der Studienkommission. Wie ich aus schwedischen Kreisen erhalte, beschließt die schwedische Regierung nicht, von diesem Vorbericht in der Versammlung Gebrauch zu machen, falls nicht Spanien formell seinen Austritt aus dem Völkerverband antündigt. Der Rat hat einen neuen Versuch zu einem gewissen Druck auf die spanische Regierung dadurch unternommen, daß er die Resolution von Lord Roberts Cecilis an der Studienkommission ausdrücklich sich zu eigen machte und den Beschluß faßt, sie dem spanischen Staatsmitglied zu übermitteln.

## Gaus in Berlin

Ministerialdirektor Dr. Gaus ist heute vormittag in Berlin eingetroffen und hat sofort Dr. Stresemann im auswärtigen Amt Bescheid über den Inhalt der Entschlüsse des Völkerverbands bekannt gegeben. Er hat sich aus schwedischen Kreisen die besten Bescheidnisse mitgeteilt. Nachmittags wird Dr. Gaus auch vom Reichsanwalt empfangen werden.

## Sibi Polen in der Schulfrage nach?

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

4. September

Die vom Deutschen Volksbund in Rotterdam gegen die rigide Abweisung von 90 pCt. der Minderheitspolenfrage beim Völkerverband eingeleitete Forderung des ständigen Sitzes im Völkerverband auf die polnischen Behörden geübt zu sein, und man sucht jetzt auf polnischer Seite offenbar einen möglichst schmerzlosen Weg aus der verfahrenen Angelegenheit.

Die Weimarer Erklärung hat jetzt bereit, die bereits abgefallenen Sitze für die Erklärung, ob die Erziehungsberechtigten zur sprachlichen Minderheiten gehören, zu veranlassen, und die bereits abgefallenen Anträge sollen dann angenommen werden, die betreffenden Kinder der Minderheitspolen angeht.

Trotz dieses scheinbaren Entgegenkommens der polnischen Regierung nimmt ihre Stellungnahme nicht in dem Besten und dem Sinne der Bestimmungen des Genfer Vertrages überein. Nach ihm ist nimmermehr eine Erklärung zu verlangen, ob die Antragsteller für die Minderheitsfrage wirklich zur sprachlichen Minderheit gehören. Auch der

Präsident der gemischten Kommission hat sich stets auf diesen Standpunkt gestellt und dies bereits vor zwei Jahren offiziell der polnischen Regierung mitgeteilt. Diese hat wohl allerdings damals geantwortet, daß es sich nur um eine „reine Verwaltungsmaßnahme“ handle, in die sich Calander nicht hereinzulassen habe.

# Silberbergs Dresdener Rede

## Diskussion auf dem Industrietag

Sonderdienst der „Postischen Zeitung“

— Dresden, 4. September

Die heutige Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begann mit einer für die Versammlung peinlichen Unterbrechung. Dr. Stresemann, der heute vor dem Reichsverband über „Epochenforschung und Weltanschauung“ sprechen sollte, im letzten Augenblick abgefallen. Der Versiehende Geheimrat Dautberg führte dieser Mitteilung hinzu, daß aus Stelle der Stresemann-Rede „ein kleines Theater“ stattfinden werde, nämlich eine Diskussion.

Worüber aber gab es noch zwei große Referate zu abzuhalten. Staatsreferent Dr. Dr. v. Siffert, der Vorsteher des Handelspolitischen Ausschusses des Reichsverbandes, sprach über Zoll- und Handelspolitische Fragen. Sein an interessanten Einzelheiten reiches Referat ging nicht in dem Umfange, daß die deutsche Außenpolitik auch künftig an dem Prinzip der Handelsverträge mit Weisbegünstigung festhalten müsse und daß das von Frankreich eingeführte System der Reziprozität, welches nicht als vorteilhaft angesehen werden könne. Sehr richtig bemerkt Dr. v. Siffert, die Einseitigkeit einer europäischen Zollunion, die er als „Alibi“ bezeichnet. Dagegen seien nimmermehr in Frage internationaler Abmachungen parteiliche Forderungen für einzelne Gebiete, z. B. für Eisen, vielmehr auf dem Wege internationaler Kartellverträge möglich.

Dann folgte das mit großer Spannung erwartete Referat Dr. Silberbergs über das deutsche Unternehmertum in der Weltwirtschaft. Das hatte Gegenstand des Referats bereits von langer Hand sorgfältig vorbereitet und genau konzipierten Vortrag. Dazu aber hand die Zuhörerhaftigkeit noch völlig unter dem Eindruck der grotesken sibirischen Leistung, die gestern Dr. Reinhold in Dresden vollbracht hatte. Dieser Eindruck, der noch in heutigen Vorträgen und Diskussionen nachklingt, war der Aufmerksamkeit für Dr. Silberbergs Vortrag nicht günstig.

So verpuffte der bereits in der „Postischen Zeitung“ angekündigte Angriff gegen die Finanzpolitik des „angeblich wirtschaftsfeindlichen“ Reichsverbandes Dr. Kauter und eben die Bemerkung, die gegen die Reorganisation der Regierung Kauter erhoben. Große Aufmerksamkeit erregten seine Ausführungen über die alten und die Novemberepochen und die Überorganisation des Organisationswesens in Deutschland. Als er in diesem Zusammenhang die Namen Legien und Friedrich Oberer erwähnte, kommt aus dem Saale ein stilles Brausen. Die Wohnung Dr. Silberbergs, man könne nicht mehr ohne die Sozialdemokraten regieren, und die Sozialdemokraten müßten in die Arbeiterregierung hinein, wird in der Versammlung mit Applaus, aber recht leise aufgenommen.

In der Diskussion wurde zunächst ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Foa, die vielen Angriffe abzuwehren, die gestern gegen die Finanzpolitik der Länder und Gemeinden erhoben worden sind. Er machte darauf aufmerksam, daß Preußen die früheren großen Einkünften aus den Grundbesitz verloren habe und daß die Gemeinden heute sehr, wie früher, z. Z. insbesondere, sozial feindlich stehen aufstrebten haben als vor dem Kriege. Die Zeit, wo die Gemeinden aus Steuererhöhungen Attenpfeiler taufen und Ausschließungen haben konnten, wird nimmermehr wieder eintreten und die in dieser Richtung von den Kommunen monder Unruhe getrieben werde.

Sodann beendete das größere geschäftsführende: Völkerverband des Reichsverbandes, daß Rat Kauter, eine Resolution, die in wesentlichen sich auf die Gesamtverantwortlichkeit des Reichsverbandes der Deutschen

Industrie bezieht. Kauter weist auf die Wandlung des Reichsverbandes seit der Minderheiten Tagung im Jahre 1922 hin, wo die deutsche Industrie in der Frage der Reziprozitätspolitik noch häufig in zwei Lager gespalten war und der eine dem anderen „Baterlandsozialist“ vorwarf. Auch er würdigte noch einmal den gestrigen Vortrag des Reichsfinanzministers, die glänzendste Rede, die ich je gehört habe, vor allem aus dem menschlichen Grunde, weil hier ein Mann hand, der nicht in Parteipropaganda und Parteireisepredigten befangen ist, sondern „Bürgermann“ hat.

Die Frage des Silber-Abkommens berührt, so nicht Gehörten Kauter, noch einer gewissen Klärung. Das Abkommen ist ausgezeichnet hinsichtlich der Bekämpfung der Interessen des deutschen Volkes, aber der Finanzminister hätte nicht in der Lage sein dürfen, über solche Mittel zu verfügen, daß er die Dawaalisten vorzusuchen kann. Schließlich erklärt Kauter, der Reichsverband der Industrie ist im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Erzeugernorganisationen nie politisch einseitig gewesen, und er werde sich auch in Zukunft nicht um Politik bemühen, über eine Kritik des parlamentarischen Betriebes und der Demokratie, wie sie heute ist, sei notwendig. In der heutigen Demokratie könne man niemand persönlich haftbar machen. Die Schaffung der persönlichen Verantwortlichkeit sei aber unbedingt notwendig. Aber wir müssen auch in einem anderen Verhältnis zu der Arbeiterschaft aufpassen.

Die Frage der Diskussion kam es noch zu einer interessanten Kontroverse zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert, dem Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrien, und Generaldirektor Dr. Silberberg. Dr. Reichert hielt es aus politischen Gründen für notwendig eine Forderung für die Deutschnationalen zu brechen und gegen einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung vorschlagen zu protestieren. Die Sozialdemokratie, erklärte er, könne nicht der Ankerpunkt darauf stehen, die deutsche Arbeiterpartei zu sein.

Mit ihm könne man weder eine Handelspolitik noch eine Finanzpolitik machen, die den Interessen der deutschen Industrie gerecht würde. Dr. Reichert glaubte aber auch noch, Verengungen aufzubrechen zu müssen. Er meinte, das ganze überaus gute Steuerreform in den Jahren 1924 und 1925 sei darauf zurückzuführen, daß Dr. Kauter nicht den ursprünglichen, wirtschaftlichen Abwägungsplan unverändert angenommen habe. Nach diesem Plan sei vorgesehen gewesen, dem Reiche 2 Milliarden Arbeit zu gewähren, mit anderen Worten, das Rentenamtung wesentlich höher zu gestalten, als es dann auf Einpruch Silberbergs und Dr. Kauters gelang. In einer kurzen Rede wies Dr. Silberberg die Angriffe zurück.

Die einzigen weiteren Diskussionsbemerkungen aus dem Kreise der Versammlung, die wenig neue Gedanken brachten, sind der offizielle Teil der Tagung geschlossen. Im Nachmittage führten sich noch gesellschaftliche Besprechungen und Empfänge der Teilnehmer an.

## Unternehmertum und Arbeiterschaft

Die bereits angekündigte Erklärung des rheinischen Großindustriellen Silberberg über die Arbeiterschaft der deutschen Industrie zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft ist heute erfolgt. Wichtig erachtet dieser Industrielle Führer:

„Es muß rückfällig und darüber anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich gebildet und disziplinierten Mitglieder und gewerkschaftlicher Führer verfügen — ich meine hier, ihn und auch, den Namen Legien — sich gegen Verleumdungen dadurch erwehren haben, daß sie ernstlich mitwirken, die